

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 58 (1978)
Heft: 5

Artikel: Dialog mit der Dritten Welt
Autor: Sohrmann, Yves
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163432>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dialog mit der Dritten Welt

Die Krise der Weltwirtschaft

Die Geschichte der Weltwirtschaft ist eine Geschichte des permanenten Strukturwandels. Gegenwärtig vollzieht sich dieser Umschwung besonders abrupt und umfassend. Noch nie haben die internationalen Handelsbeziehungen in regionaler Hinsicht in so kurzer Zeit derartig weitreichende Veränderungen erlebt. Zahlreiche Länder haben in den letzten fünf Jahren eine völlige Umkehrung ihrer traditionellen Positionen im Welthandel und im internationalen Zahlungsverkehr erfahren. Länder wie Saudi-Arabien, Iran, Irak und Kuwait stiessen dank ihrer reichlichen Ölvorkommen in die Spitzengruppe der Exportländer vor. Den Verlagerungen in der Regionalstruktur entsprechen markante Veränderungen in der sektoralen Zusammensetzung des Welthandels. Der Anteil der Industriegüter am internationalen Handel, der bis 1972 kontinuierlich bis auf rund zwei Drittel angewachsen war, ging merklich auf knapp drei Fünftel zurück. Besonders dramatisch erscheinen jedoch die monetären Symptome des gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Strukturwandels. Die Erdölstaaten insgesamt – und dies war eine der markantesten Änderungen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre – erhöhten ihren Anteil an den Weltwährungsreserven von einem Zwanzigstel auf ein Viertel. 1977 betrug dieser Anteil 24,1%, während die Schweiz mit 4,4 Prozent über rund einen Zwanzigstel der Weltwährungsreserven verfügte. Weltwährungen, die einst als Reservemedien begehrt waren, haben an Ansehen und «Härte» verloren, während der Schweizer Franken gemessen am handelsgewogenen Aufwertungssatz neue Rekordmarken erreichte, die nicht ohne nachhaltige Auswirkungen auf die Ertragslage der Exportwirtschaft bleiben werden. Rohstoffpreise machten enorme Steigerungen durch, um anschliessend eine kaum aufzuhaltende Talfahrt anzutreten.

Die Gesundung des aus den Fugen geratenen Weltwährungs- und Welthandelssystems und die Wiederherstellung des Gleichgewichtes bedingen tiefgreifende Reformen. Der in jüngster Zeit zunehmendem protektionistischem Druck ausgesetzte freie Wettbewerb, der unsere Marktwirtschaft kennzeichnet, begünstigte tendenziell die leistungsfähigeren Wirtschafts- und Handelspartner in den Industrieländern. Heute fordern die Entwicklungs-

länder internationale Massnahmen, um einen Ressourcentransfer von «Nord» nach «Süd» herbeizuführen.

Der Entwicklungsstand der Dritten Welt

Aufgrund der augenblicklichen Weltwirtschaftslage ist es nicht mehr angemessen, ausschliesslich von «armen» und «reichen» Ländern zu sprechen. Bedeutsame Ereignisse wie etwa die Ölpreisexplosion von 1973 und die dadurch entstandenen Wohlstandssteigerungen in einigen ausgewählten Entwicklungsländern sowie Kriege und Katastrophen in anderen unterentwickelten Gebieten haben den gemeinsamen Nenner «Dritte Welt» obsolet werden lassen. In 77 Ländern, die unter anderen gemäss Untersuchungen der Weltbank der Dritten Welt zugeordnet wurden, lebten 1975 rund 1,8 Milliarden Menschen; das durchschnittliche Pro-Kopf-Sozialprodukt betrug nur 425 Dollar. Zum Vergleich lebten in den 17 DAC-Staaten – den Mitgliedländern des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe – 1975 rund 650 Millionen Menschen mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 5900 Dollar. Gerade wegen der hier zum Ausdruck kommenden Gegensätze drängt sich eine genauere Analyse des Entwicklungsstandes in der Dritten Welt auf.

Es lässt sich nämlich zeigen, dass es heute zumindest fünf Gruppen von Entwicklungsländern gibt: eine erste Gruppe von Entwicklungsländern, die nach einer rapiden Wachstumsphase in den letzten Jahren ihr Pro-Kopf-Sozialprodukt nahezu auf das Niveau der Industrieländer gesteigert haben; von durchschnittlich 1200 Dollar im Jahre 1970 auf 5400 Dollar 1976. Als reichstes Land dieser Gruppe hat Kuwait (BSP pro Kopf: 15480 Dollar) das wohlhabendste Industrieland, die Schweiz (BSP pro Kopf: 8800 Dollar), klar überrundet. Das «ärmste» Land in diesem Lager, Saudi-Arabien, hat mit 4500 Dollar ein beinahe um die Hälfte grösseres Pro-Kopf-Sozialprodukt als das «ärmste» DAC-Land Italien mit 3050 Dollar. Auf alle Staaten dieser Gruppe (Libyen, Kuwait und Saudi-Arabien), ausgenommen Israel, trifft das Merkmal der Öldominanz in ihrer Wirtschaft zu. Der Entwicklungsstand dieser Länder spricht dafür, sie endgültig aus der Liste der Entwicklungsländer zu streichen.

Die zweite Gruppe umfasst acht Länder mit hohem und kräftig anwachsendem Pro-Kopf-Sozialprodukt (1976: durchschnittlich 1540 Dollar). Die erste Hälfte rekrutiert sich aus den Ölstaaten Iran, Irak, Venezuela und Trinidad/Tobago, deren Bemühungen und Chancen, ihre Wirtschaft auf eine breitere industrielle Basis zu stellen, wesentlich höher zu veranschlagen sind als für die Ölländer der ersten Gruppe. Die restlichen vier Länder der

Gruppe 2 – Singapur, Mexiko, Argentinien und Uruguay – weisen mit Ausnahme des Stadtstaates Singapur wegen ihrer hohen Konsumquoten und eines überdurchschnittlich grossen Beitrages der Landwirtschaft zum Sozialprodukt noch typische Entwicklungsländermerkmale auf.

Drittens gibt es für die 19 Länder mit mittlerem Einkommensniveau (BSP pro Kopf 1976 durchschnittlich rund 800 Dollar) keine einheitlichen Strukturmerkmale. Beispielsweise gehören dazu die OPEC-Staaten Algerien und Ekuador. Überdies ist in dieser Kategorie eine grosse Nicht-Öl-Ländergruppe angesiedelt, deren Exporte in einem einzigen oder in nur wenigen Rohstoffen bestehen. So etwa Peru und Chile, deren Hauptexporte Kupfer und Kupfererze sind. An der Spitze der Gruppe 3 stehen jedoch die beiden Billig-Flaggen-Länder Panama und Costa Rica sowie Brasilien, die alle gute Chancen haben, in wenigen Jahren zur Gruppe 2 aufzuschliessen.

Der vierten Gruppe mit sehr tiefem Einkommen gehören 17 Entwicklungsländer mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von etwa 400 Dollar im Jahre 1976 an. Neben einem einzigen Erdölland, Nigeria, konzentrieren sich hier agrarwirtschaftlich orientierte Länder. Genussmittelproduzenten wie etwa die Elfenbeinküste, Ghana und El Salvador (Kaffee und Kakao) schneiden dabei noch relativ gut ab, während die Hersteller anderer agrarwirtschaftlicher Produkte wie Baumwolle (Ägypten und der Sudan) am unteren Ende dieser Kategorie zu finden sind.

Die 29 Länder der fünften Gruppe und letzten Kategorie, der «Habenichtse», sind ausgesprochen rohstoffarm und verfügen über rein agrarische Volkswirtschaften. Dies ist mit ein Grund dafür, dass das dort erzielte Pro-Kopf-Einkommen mit durchschnittlich 150 Dollar (1976) extrem tief liegt. Viele dieser am wenigsten entwickelten Länder weisen langfristige Wachstumsraten des Pro-Kopf-Sozialproduktes von nur 0 bis 1,5 Prozent auf, in einigen Fällen – Bangladesh, Mali, Somalia u. a. – sogar negative Wachstumsraten. Ausserdem gehören zu dieser Gruppe beispielsweise Indien, Pakistan, Burma, Haïti und das OPEC-Land Indonesien.

Gerade die hier aufgezeigten Klassifizierungsbemühungen der Weltbank, des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe und anderer internationaler Organisationen können im Grunde nicht völlig befriedigen. Denn einerseits stehen einem internationalen Vergleich der Pro-Kopf-Einkommen schwerwiegende statistische Mängel gegenüber, und andererseits liefert diese Messgrösse keine Hinweise über die regionale und soziale Verteilung des Einkommens innerhalb eines Landes. Aussagekräftigere Wohlstandsindikatoren wie etwa Arbeitszeit, Arbeitsproduktivität, Kapitalproduktivität, öffentliche Infrastrukturinvestitionen, Sozialleistungen u. a. sind bestenfalls für einige wenige Entwicklungsländer verfügbar. Ein umfassender Vergleich muss sich deshalb notgedrungen auf den Grobindikator BSP pro Kopf

abstützen. Zudem zeigt die Klassifizierung nach Einkommensgruppen, dass man heute nicht mehr sämtliche Entwicklungsländer über einen Kamm scheren kann: Während die reichsten unter ihnen heute in der Lage und auch willens sind, einen Beitrag zur bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfe zu leisten, muss in Zukunft umgekehrt ein grosser Teil der Entwicklungshilfemittel den Ärmsten unter den Armen zufließen.

Die Ansatzpunkte für die Entwicklungspolitik

Fürs erste waren die Länder der Dritten Welt vom hohen Lebensstandard der Industrieländer geblendet. Eine wilde Jagd nach höherem Bruttosozialprodukt setzte ein. Die erhofften Wachstumsraten stellten sich nicht ein, und das Streben nach westlichem Lebensstandard blieb eine Illusion. Zum zweiten wählten die Entwicklungsländer in manchen Fällen als wirtschaftspolitische Maxime das System der «gemischten Wirtschaft», in welchem sich der Staat mit der Privatwirtschaft im selben Sektor betätigt. Dies erwies sich oft als äusserst problematisch, denn der zentralistisch gelenkte Staat hat durchwegs andere Motive als eine selbstverantwortliche Privatwirtschaft. Und zum dritten verliess sich eine Anzahl von Entwicklungsländern allzusehr auf die Hilfe der Industriestaaten. Hilfe alleine vermag nämlich im Grundsätzlichen keine Lösung der bestehenden Disparitäten zu bringen.

Eine wichtige Priorität der Entwicklungspolitik sollte die angemessene Bevölkerungspolitik sein, denn dort, wo jeder wirtschaftliche Zuwachs sofort wieder durch die wachsende Bevölkerung verschluckt wird, bestehen interne Probleme mit Arbeitslosigkeit und Hunger. Weiter gebührt ein entscheidender Vorrang der Entwicklung der Landwirtschaft. Wenn in vielen Entwicklungsländern 75 bis 85 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande leben, so ist eine Vernachlässigung der Landwirtschaft besonders fragwürdig. Schliesslich kann man auch von einer einseitigen Industrialisierungspolitik in der Dritten Welt keinen namhaften Beitrag zur Bekämpfung von Hunger und Elend erhoffen. Nur eine angepasste Unternehmenspolitik kann zu einem – wenn auch bescheidenen – Erfolg führen.

Die Deckung der Grundbedürfnisse

Von diesen recht düsteren Erfolgsaussichten ausgehend, ist es weitgehend unbemerkt geblieben, dass in letzter Zeit bei der Erarbeitung entwicklungspolitischer Konzepte ein bedeutsames Umdenken stattgefunden hat. An-

lässlich seiner Tagung im Oktober 1977 hat sich zum Beispiel der OECD-Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) in Paris, in welchem auch die Schweiz vertreten ist, vor allem mit den Richtlinien für eine auf die Grundbedürfnisse ausgerichtete Entwicklungspolitik auseinandergesetzt. Trotz der anhaltenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Mitgliedsländer wurde die gemeinsame Bereitschaft, vorab die öffentliche Entwicklungshilfe merklich zu steigern, erneut bekräftigt. Dieses neue, auf die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse wie Ernährung, Arbeit, Bildung und Gesundheit ausgerichtete Entwicklungskonzept, aufgrund dessen inskünftig vermehrt auch auf die Ärmsten unter den Armen Rücksicht genommen werden soll, hat auch in der jüngsten Botschaft des Bundesrates über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern seinen Niederschlag gefunden (Botschaft vom 23. November 1977).

Von der Konfrontation zur möglichen Kooperation

Der Gestaltung der Nord-Süd-Beziehungen kommt für den Ausgleich der Spannungen in der Weltwirtschaft eine massgebliche Rolle zu. Verständlicherweise sind die Entwicklungsländer bestrebt, zu vollwertigen Partnern zu werden. Dieser Weg ist indessen lang und schwer. Oft herrschte in den letzten Jahren ein politisches Klima, in dem die Entwicklungspolitik, die in besonderem Masse vom gegenseitigen Vertrauen abhängt, nicht gut gedeihen konnte. Keine der zahlreichen internationalen Konferenzen der letzten Jahre brachte die entscheidende Wende von der Konfrontation zur Kooperation; immer wieder tauchten neue Probleme auf: die Ölkrise und ihre Auswirkungen auf die meisten Entwicklungsländer, die Anklagen gegen die multinationalen Unternehmungen, die Nord-Süd-Gespräche, welche bis heute wenig konkrete Resultate gebracht haben, die anhaltenden Diskussionen um eine «neue Weltwirtschaftsordnung», die Club-of-Rome-Studien über die Grenzen des Wachstums und schliesslich die allgemeine Ernüchterung über den mässigen Erfolg der bisherigen Anstrengungen. Oft unterstellten die Entwicklungsländer den Industriestaaten, zum Teil bewusst, dass diese primär im eigenen Interesse handeln und dass Zugeständnisse lediglich gemacht werden, um «neokoloniale» Absichten zu verschleiern. Demgegenüber zeigten manche Industriestaaten eine gewisse Voreingenommenheit bezüglich des Wissens und des Könnens der Entwicklungsländer, die vor der schwierigen Frage stehen, welchen Massnahmen sie Priorität einräumen sollen. Dabei gilt es zu bedenken, dass Methoden, welche sich in den Industrieländern bewährt haben, nicht ohne weiteres geeignet sind

für Länder, die den Sprung von der Agrarwirtschaft ins Industriezeitalter in wenigen Jahrzehnten machen wollen.

Eine neu verstandene Wachstumspolitik

Das Ziel des 1973 vom Präsidenten der Weltbank, Robert McNamara, als wichtigste Aufgabe seiner Organisation bezeichneten Kampfes gegen Armut, Elend und Unterentwicklung liegt in der Verbindung des Kampfes um den sozialen Ausgleich mit jenem um das allgemeine wirtschaftliche Wachstum. Nach diesen entwicklungspolitischen Vorstellungen soll den unterprivilegierten Menschen in der Dritten Welt durch direkt auf sie ausgerichtete Aktionen ermöglicht werden, ihre angeborenen Fähigkeiten besser zu nutzen, was ihnen selbst und der ganzen Volkswirtschaft Vorteile bringt. Eine so verstandene Wachstumspolitik würde zudem Möglichkeiten zur langfristigen Bewältigung des Bevölkerungsproblems eröffnen sowie zur Verbesserung der Bildungssysteme und medizinischen Dienstleistungen beitragen.

Die Stellung der Schweiz

Durch die Problematik in den Beziehungen mit der Dritten Welt ist die mit der Aussenwirtschaft sehr eng verbundene Schweiz direkt betroffen. Zudem kann die Alternative zwischen Konfrontation und Kooperation die Schweiz als traditionell neutrales Land nicht gleichgültig lassen. Als im Rezessionsjahr 1975 der Aussenhandel der Schweiz erstmals seit 1958 einen massiven Einbruch erlitt, haben unsere Exporte nach den Entwicklungsländern weiterhin um rund 7 Prozent zugenommen, 1976 stiegen sie um 13 und 1977 gar um 22 Prozent an. Mit Befriedigung konnte zudem festgestellt werden, dass der Anteil der Dritten Welt an der gesamten schweizerischen Warenausfuhr steigende Tendenz aufwies und 1977 knapp 23 Prozent betrug, wovon etwas mehr als ein Drittel auf die OPEC-Länder entfiel. Der positive Handelsbilanzsaldo mit der Dritten Welt nahm 1977 auf 5,2 Mrd. Fr. zu. Diese Zahlen geben einen Fingerzeig für unsere internationalen Verhandlungsmöglichkeiten, aber auch unsere Verpflichtungen werden erkennbar.

Die Gefahr der Verknappung der Erdöllieferungen und anderer unentbehrlicher Rohstoffe sowie die extremen Schwankungen der Preise an den internationalen Rohstoffbörsen und -märkten haben zudem gezeigt, wie stark die Schweiz auf die Entwicklungsländer angewiesen ist. Heute erkennen wir, dass namhafte Impulse für eine wirtschaftliche Erholung vorab von der Auslandsnachfrage ausgehen werden. Der Konjunkturrückgang und der immer

wieder verzögerte Konjunkturaufschwung in den westlichen Industriestaaten führten deshalb zu einer vermehrten Beachtung der entfernteren Handelspartner mit einem grossen und ungebrochenen Nachfragepotential, was oft in der öffentlichen Diskussion zur Frage führte, ob unser Handeln gegenüber Ländern der Dritten Welt von wirtschaftlichen Gesichtspunkten mitbestimmt werden darf oder ob eine konsequente Uneigennützigkeit geboten wäre.

Die wichtigsten Probleme

Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Überwindung der Disparitäten bezüglich Einkommen, Ernährung, Gesundheit und Bildung. Zudem wird von der Dritten Welt ein grösserer Anteil am Welthandel – heute verfügen die Nicht-Öl-Entwicklungsländer über einen Welthandelsanteil von knapp 15 Prozent – und an der Weltindustrieproduktion gefordert. Beide Parteien, die Entwicklungsländer und die Industrieländer, verfügen über starke Diskussionswaffen: das Erdöl, bedeutende Zahlungsströme und wichtige Rohstoffe auf seiten der Entwicklungsländer; die Technologie und die Ernährungsgüter auf seiten der Industrieländer. Die in der Folge des «Ölpreisschocks», der weltweiten Inflation, der Währungsunruhen und der Rezession erheblich verschlechterte Lage der ärmeren Entwicklungsländer hat zudem der Entwicklungsproblematik neue Dimensionen gegeben.

Nicht ohne Folgen für die Entwicklung der meisten Zahlungsbilanzen blieben die getroffenen Preiserhöhungen im Erdölsektor: Die OPEC-Staaten erzielen heute erhebliche Zahlungsbilanzüberschüsse, während die meisten westlichen Industriestaaten und die nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländer von zunehmenden Zahlungsbilanzdefiziten geplagt werden. Diesen vorherrschenden Ungleichgewichten kann nur durch vermehrte Waren- und Dienstleistungsexporte, Kapitalübertragungen, Investitionen und andere Finanzierungsmassnahmen begegnet werden. Sowohl die Industriestaaten für ihre Konsum- und Investitionsgüter wie auch die Dritte Welt für ihre Rohstoffe bedürfen aufnahmefähiger Absatzmärkte.

Die gegenwärtig nach Abschluss der Pariser Konferenz über die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) weiter zur Diskussion stehenden Probleme betreffen eine grosse Anzahl von Bereichen: Energiefragen, Versorgung mit Basisprodukten, Industrialisierung, handelspolitische Massnahmen zur Förderung der internationalen Arbeitsteilung, Ausdehnung des Systems der allgemeinen Handelspräferenzen, Probleme der internationalen Verschuldung, Kampf gegen die Inflation, öffentliche und privatwirtschaftliche Entwicklungshilfe. Zu den Themenkreisen, welche die

Schweiz in erster Linie betreffen, gehören die Rohstoff- und Energiepolitik, die finanziellen Probleme und die Frage der Entwicklungshilfe.

Die Sicherung der Rohstoff Erlöse

Bezüglich der Rohstoffe beschäftigen die Entwicklungsländer vor allem die Schwankungen der Rohstoffpreise, weil diese ihre Exporterlöse beeinträchtigen und damit auch ihre zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in Frage stellen. Um dieser Entwicklung zu steuern, hat die Unctad (Weltkonferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen) durch ihren Generalsekretär, Gamani Corea, einen Plan vorgeschlagen, der im wesentlichen folgendes vorsieht: ein System internationaler Ausgleichslager für eine Reihe von Rohstoffen; einen gemeinsamen Fonds zur Finanzierung dieser Lager; Kauf- und Lieferungsgarantien der Regierungen; Massnahmen zur Stabilisierung der Produzenteneinnahmen und zur Produktdiversifikation, und zwar namentlich durch die lokale Verarbeitung der Rohstoffe.

Dieser «Corea-Plan» ist geeignet, die freie Preisbildung an den internationalen Warenmärkten zu verfälschen, und birgt die Gefahr der Überproduktion in sich. Man erinnere sich an die negativen Erfahrungen mit Preis- und Abnahmegarantien im Rahmen der EG-Landwirtschaftspolitik. Zudem wäre zu befürchten, dass praktisch vor allem die Industrieländer die finanzielle Last der Schaffung von Ausgleichslagern tragen würden. Es ist aber zuzugeben, dass für jene Länder, deren wirtschaftliche Entwicklung zur Hauptsache vom Exporterlös einer kleinen Anzahl von Basisprodukten abhängt, die Schwankungen der Erträge ein sehr ernsthaftes Problem darstellen. Aus diesem Grunde sind die Industrieländer zu Verhandlungen bereit, um nach geeigneten Massnahmen zu suchen. Im Rahmen der Unctad-Verhandlungen in Genf haben die meisten Industriestaaten inzwischen die Notwendigkeit eines internationalen Stabilisierungsmechanismus für Rohstoffe bejaht; über die Ausgestaltung dieses Mechanismus gehen die Meinungen allerdings noch stark auseinander. Die westlichen Industriestaaten, denen auch die Schweiz angehört, vertreten dabei die Ansicht, dass für die einzelnen Rohstoffe separate Abkommen mit eigenen Finanzierungsorganismen geschaffen werden sollen, ohne dass dirigistische Massnahmen getroffen werden.

Die Dimension der Verschuldung

Im Bereiche der finanziellen Probleme steht vor allem die äussere Verschuldung der Entwicklungsländer gegenüber öffentlichen und privaten

Gläubigern, die nach neuesten Schätzungen den Betrag von 200 bis 250 Mrd. Dollar erreicht hat, im Vordergrund. Wenn man die absolute Grössenordnung der Verschuldung analysieren will, so stösst man auf höchst unterschiedliche Zahlen – je nach Interessenlage der Institution, welche die Zahlen publiziert. Nach Ansicht der Experten sind die Zahlen der Weltbank am zuverlässigsten – nach dieser Quelle belief sich die Gesamtverschuldung der Dritten Welt 1976 schon auf 215 Mrd. Dollar. Bei einer solchen Schuldenlast – zu beachten bleibt, dass ungefähr 30 Prozent dieser Kredite nur zugesprochen und nicht beansprucht sind – verschlingt allein der Schuldendienst, also die Amortisation und die Verzinsung, einen jährlichen Betrag von 30 bis 35 Mrd. Dollar. Ausserdem erleiden die Nicht-Öl-Entwicklungsländer jährliche Defizite ihrer Zahlungsbilanzen in der Grössenordnung von insgesamt 25 Mrd. Dollar. Diese Entwicklung birgt einen doppelten Zwang in sich: einmal für die Entwicklungsländer, deren Möglichkeiten, Güter und Dienste zu erwerben, die sie notwendigerweise für ihre Entwicklung brauchen, beschränkt werden; für die Industrieländer dadurch, dass ihre Lieferungsmöglichkeiten in Richtung Dritte Welt teilweise starken Einschränkungen unterliegen.

Um dieser Lage abzuhelpen, haben die Entwicklungsländer eine Erhöhung der öffentlichen Hilfe der Industrieländer sowie die Einräumung eines Schuldenerlasses gefordert. Diese letztere Massnahme begegnete anlässlich der letzten Unctad-Ministerkonferenz im März dieses Jahres erheblichen Einwänden, denn ein solcher Schuldenerlass – so meint man – wäre in den Gläubigerländern innenpolitisch nicht zu verkraften. Er würde die Suche nach einer allseits befriedigenden Weltwirtschaftsordnung noch schwieriger gestalten und letztlich auch eine Benachteiligung derjenigen Entwicklungsländer, die den von ihnen übernommenen Verpflichtungen bisher korrekt nachgekommen sind, gegenüber den weniger korrekten Schuldnern darstellen. Aber auch auf das entwicklungspolitische Klima in den Industrieländern hätte ein genereller Schuldenerlass negative Auswirkungen. Die Dritte Welt wäre als «Fass ohne Boden» blossgestellt. Es könnte der Eindruck entstehen, als sei jegliche Entwicklungspolitik a priori vergebliche Liebesmühe. Immerhin sind einige «Sofortaktionen» zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer erfolgt. Zuerst erliess Schweden letztes Jahr der Dritten Welt Zinsen und Kredite im Gesamtwert von 500 Mio. Fr., dann reichte die EG 385 Mio. Dollar nach, die eher Geschenk- als Kreditcharakter haben, und schliesslich beschloss die Schweiz im Rahmen einer «Sonderaktion zugunsten einkommensschwacher Entwicklungsländer», auf insgesamt 180 Mio. Fr. Kreditrückzahlungen zu verzichten beziehungsweise sie in Geschenke umzuwandeln.

Die Industrieländer werden in den kommenden Jahren zugunsten der

Entwicklungsländer die folgenden Massnahmen finanzieren müssen: die Verwirklichung einer öffentlichen Hilfe im Umfang von 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes, die Neuäufnung der Mittel der IDA (International Development Association), die Erhöhung des Kapitals der Weltbank, die Erweiterung der Ziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer. Mögliche Inflationsgefahren sowohl für die Industrieländer als auch für die Entwicklungsländer dürfen dabei nicht vernachlässigt werden. Schliesslich kann auch die Intensivierung des Beitrages privatwirtschaftlicher Unternehmungen zur Förderung der Industrialisierung und zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Ertrages einen wesentlichen Beitrag leisten.

Von den staatlichen zu den privatwirtschaftlichen Förderungsmassnahmen

Was das Ausmass der staatlichen Entwicklungshilfe betrifft, die nach den Empfehlungen der OECD 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes der Geberländer erreichen sollte, sind die meisten Industriestaaten noch weit vom gesetzten Ziel entfernt. Einzig die Niederlande, Norwegen und Schweden überschritten 1976 diese Richtzahl. Die Schweiz dagegen musste von den eingegangenen, aber von vielen Industriestaaten noch nicht erreichten Verpflichtungen ausdrücklich Abstand nehmen. Die Gründe dieses schweizerischen Vorbehaltes liegen in erster Linie bei den Verfassungsvorschriften, welche in einem Land mit direkter Demokratie und Referendumsmöglichkeit die Erhöhung und Zuweisung staatlicher Mittel regeln.

In Form von öffentlichen Entwicklungsgeldern flossen 1976 13,7 Mrd. Dollar in die Dritte Welt. Gemessen am gesamten Bruttosozialprodukt der Geberländer waren das nur noch 0,33 Prozent gegenüber 0,36 Prozent im Vorjahr. Immerhin wird für das Jahr 1977 mit der Wiederaufnahme des unterbrochenen Aufwärtstrends gerechnet. Die Schweiz gab 1976 110 Mio. Dollar für die öffentliche Entwicklungshilfe aus, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von etwas mehr als 5 Prozent entspricht. Am Bruttosozialprodukt gemessen blieb mit 0,19 Prozent der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe beinahe konstant. International gesehen befand sich die Schweiz auf der Liste der 17 DAC-Geberländer an viertletzter Stelle. Der neue Rahmenkredit von 735 Mio. Fr. ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz in den kommenden Jahren in einem bescheidenen Rahmen erhöht werden kann. Es ist das Ziel der Eidgenossenschaft, die Leistungen bis 1981 immerhin auf 0,25 Prozent des Bruttosozialproduktes ansteigen zu lassen.

Der gesamte finanzielle Beitrag der westlichen Industrienationen für die

Dritte Welt im Jahre 1976 erhöhte sich auf 39,2 Mrd. Dollar, wenn man die Leistungen der Privatwirtschaft miteinschliesst. Gemessen am Brutto-sozialprodukt der Geberländer betrug die gesamte Hilfe knapp 1 Prozent des Sozialproduktes und erfüllte damit die OECD-Norm, wonach die öffentlichen und privaten Leistungen zusammen 1 Prozent des Bruttosozialproduktes ausmachen sollten. Im stark wachsenden Welthandel, der nach jüngsten GATT-Schätzungen um rund 13% auf 1150 Mrd. Dollar angewachsen sein dürfte, gewinnt der privatwirtschaftliche Beitrag zur Entwicklungshilfe immer mehr an Bedeutung, obwohl er bei einigen internationalen Gremien nicht mehr so positiv veranschlagt wird wie in früheren Zeiten. Den Unternehmern der industrialisierten Welt öffneten sich in letzter Zeit neue Märkte in der Dritten und Vierten Welt, während einheimische Absatzpotentiale teilweise verschwanden, die von billigeren Importen verdrängt wurden. Jedes Entwicklungsland hat aber selbst darüber zu entscheiden, welchen Einfluss im Rahmen seiner Entwicklungspolitik es weltweit operierenden privatwirtschaftlichen Unternehmungen zugestehen will. Gerade hier liegt ein wesentlicher Entwicklungsbeitrag unseres Landes, nämlich in der pragmatischen, kommerziell abgesicherten Auslandshilfe, welche sich 1976 gegenüber 1975 rund verdoppelt hat. Insgesamt betrugen die Nettozuflüsse privaten Kapitals in die Entwicklungsländer 3,014 Mrd. Fr. oder etwas mehr als 2 Prozent des Bruttosozialproduktes; davon entfielen 561 Mio. Fr. auf Exportkredite, 565 Mio. Fr. auf Direktinvestitionen und 1888 Mio. Fr. auf andere Kapitalflüsse, u. a. Anleihen von Entwicklungsländern und internationalen Organisationen der Entwicklungsfinanzierung. Berücksichtigt man zudem die Leistungen der privaten Hilfswerke, die 1976 knapp 86 Mio. Fr. betrugen, so belief sich der Anteil der gesamten Hilfe der Schweiz im Jahre 1976 auf 2,29 Prozent des Bruttosozialproduktes und erreichte damit den höchsten DAC-Wert.

Partner in der Entwicklung

Im Jahre 1969 verkündete der Pearson-Bericht zur Entwicklungspolitik, der industrialisierte Westen und die Dritte Welt seien «Partner in der Entwicklung». Von dieser durch Pearson zum Ausdruck gebrachten Überzeugung, dass ein anhaltendes wirtschaftliches Wachstum der Welt ein überragendes Interesse sowohl der reichen als auch der armen Länder sei, scheint in der heutigen Entwicklungsdiskussion nur wenig übriggeblieben zu sein. Das Streben nach einer langfristig ausgerichteten Verbesserung des Sozialproduktes und nach einer allmählichen Verkleinerung des Grabens zwischen «Nord» und «Süd» ist durch den Streit über Ideen ersetzt

worden, die eher auf eine kurzfristige und radikale Umverteilung des Reichtums abzielen. Wegen des Streites darüber, was wem «gerechterweise» zusteht, wird oft allzu leicht vergessen, dass eine sinnvolle Entwicklungspolitik nicht nur in der «gerechteren» Verteilung des Vorhandenen, sondern vorab in der Vergrößerung des Kuchens zu bestehen hat, von dem alle zu leben haben.

Folgende Einzelmassnahmen können in Zukunft dazu beitragen:

- Intensivierung der klassischen Hilfsmassnahmen in Gestalt direkter Zahlungen, wobei nach der wirtschaftlichen Lage der Entwicklungsländer zu differenzieren ist.
- Weitere Öffnung der Märkte der Industrieländer für Verarbeitungsprodukte aus der Dritten Welt.
- Bessere Information und Konsultation zwischen Produzenten und Konsumenten im ganzen Rohstoffbereich.
- Abschluss einzelner Rohstoffabkommen allenfalls dann, wenn nach sorgfältiger Analyse feststeht, dass sie preisstabilisierend wirken können, ein Ressourcentransfer über extreme Hochpreispolitik ausgeschlossen ist und die Gefahr einer Überproduktion rechtzeitig verhindert wird.
- Einführung eines Systems der Rohstofferlösstabilisierung und Ausbau der bestehenden Systeme (Stabex-Modell der EG und kompensatorische Finanzierungsfazilität des Internationalen Währungsfonds). Die Erlösstabilisierung verdient deshalb den Vorzug vor anderen rohstoffpolitischen Massnahmen, weil sie am wenigsten in das Marktgeschehen eingreift und daher die am wenigsten dirigistische Methode ist.
- Intensivere Unterstützung der Entwicklungsländer in der Forschung.
- Handelsfördernde Massnahmen etwa in Gestalt von Import- und Exportberatung.
- Investitionsförderung und eine an die Gegebenheiten in der Dritten Welt angepasste Unternehmungspolitik.
- Bessere Koordinierung der heute kaum noch überschaubaren nationalen und internationalen Hilfsmassnahmen, was zu erheblichen Einsparungseffekten führen und zusätzliche Mittel für dringliche Anliegen freisetzen würde.